Kardinal Bo: „Barbarei“ gegen Rohingya – Demokratie in Gefahr

8. Februar 2017

Rangun (KNA) Der Erzbischof von Rangun, Kardinal Charles Bo, hat das Vorgehen Myanmars gegen die muslimische Minderheit der Rohingya im nördlichen Teilstaat Rakhine als „Barbarei“ bezeichnet. „Der Hass gegen andere Rassen und Religionen hat alarmierende Ausmaße angenommen. Was in Rakhine passiert muss sofort und ein für alle Mal aufhören“, betonte er in einer am Dienstag veröffentlichten Erklärung. Besorgt äußerte sich Bo zudem über die Kämpfe zwischen Militär und ethnischen Milizen in Kachin und im Shan Staat. In Rakhine geht die Armee Myanmars seit Oktober gegen die muslimischen Rohingya vor. Menschenrechtler und die Vereinten Nationen werfen dem Militär in diesem Zusammenhang Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor. In Kachin und im Shan Staat befindet sich die Armee mit den ethnischen Milizen der Northern Alliance aus der „Unabhängigkeitsarmee der Kachin“ (KIA) und drei weiteren ethnischen Milizen im Krieg. In seiner Erklärung warnte der Kardinal vor „Händlern des Hasses“, die Myanmars „fragile Reise“ zur Demokratie zu einem jähen Ende bringen könnten. Die Öffnung der Wirtschaft, die Pressefreiheit und der reibungslose Übergang von der Regierung von Präsident Thein Sein zur demokratisch gewählten Regierung der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) seien Zeichen für ein „neues Myanmar der Hoffnung und Träume“ gewesen, betonte Bo. Dies werde nun aufs Spiel gesetzt. Die Ermordung des Rechtsberaters Aung San Suu Kyis vor wenigen Tagen bezeichnete Bo als „weiteren Schritt rückwärts für Myanmar und Schlag für unsere Hoffnungen auf Demokratie und Frieden“. Der muslimische Rechtsanwalt U Ko Ni war Ende Januar auf dem Flughafen von Rangun erschossen worden. Unterdessen kündigte De-Facto-Regierungschefin Suu Kyi für den 28. Februar den Beginn der zweiten Runde der Friedenskonferenz mit ethnischen Gruppen an. Die Hoffnungen auf einen Durchbruch sind in Myanmar jedoch gering. Bislang dürfen nur die neun Unterzeichner des „Nationalen Waffenstillstandsabkommen“ (NCA) an der Konferenz teilnehmen. Elf andere ethnische Milizen, darunter die Northern Alliance, sind ausgeschlossen. Die Chin National Front, eine der Unterzeichnerinnen des NCA, kündigte zudem einen Boykott der Friedenskonferenz an.

(KNA – rkmkr-89-00132)

Stand: 27. November 2026